



Landesverband Schleswig-Holstein

Feldstraße 77 (Hof), 23 Kiel, Telefon: 0431/83651

Das Geesthachter (?)

Krankenhaus

- oder: Die „JOHANNITER“

Teil IV

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Geesthacht und Umgebung

Bei der Auseinandersetzung um das Johanniter-Krankenhaus und den Fall Büsscher geht es nicht nur um die Vorkommnisse in Geesthacht, sondern um die Situation im Gesundheitswesen insgesamt und - vor allem - um die Interessen der betroffenen Patientinnen und Patienten.

Deshalb schaltet sich der Landesvorstand der GRÜNEN Schleswig-Holstein jetzt auch offiziell in die Kontroverse ein.

Wir unterstützen das bisherige Vorgehen von Thomas Wüppesahl und werden ihn nicht allein stehen lassen. Die Informationen um die aufgedeckten Skandale müssen auch weiterhin gewährleistet bleiben. Da sich die Geesthachter Presse durch ihren Boykott gegenüber den GRÜNEN und Thomas Wüppesahl durch ihre einseitige Berichterstattung an der Verschleierung dieser Vorkommnisse beteiligt, werden wir auch weiterhin in Form von Flugblättern für die nötige Öffentlichkeit sorgen!

Der Landesvorstand Schleswig-Holstein geht davon aus, daß die hier aufgedeckten Fälle und Probleme grundsätzli-

che Strukturängel des Gesundheitswesens verdeutlichen:

1. mangelnde demokratische Kontrolle und Transparenz - deshalb müssen die Patientenrechte verstärkt werden (Beschwerdestelle, Patientenvertretung).
2. Negative Auswirkungen der Trennung von stationärem und ambulatem Bereich - deshalb ist eine grundlegendere Reform notwendig.
3. Unübersichtlichkeit des industriellen Pharmamarktes - deshalb muß das Arzneimittelrecht entscheidend verändert werden (z.B. keine gleichen Produkte mit verschiedenen Markennamen).
4. Unfehlbarkeits-Mythos des Ärztestandes. Jeder kann Fehler machen, aber das Nichtzugeben oder Vertuschen eines Fehlers hat schwerwiegende versorgungs- und versicherungsrechtliche Konsequenzen für Betroffene oder Hinterbliebene.

In diesem Sinne wird der Landesvorstand Schleswig-Holstein der GRÜNEN das Beispiel „Geesthacht“ politisch weiter verfolgen und auf grundlegende Reformen im Gesundheitswesen drängen.

DER LANDESVORSTAND DER GRÜNEN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wie man Tatsachen nicht aus der Welt schaffen kann

Karl Mühl, der bis zur Übernahme der „Bergedorfer Zeitung“ durch den Springer-Konzern Chefredakteur des Blattes gewesen ist, kommentiert im Geesthachter Wochenblatt am Mittwoch, dem 5. Febr. 1986, unter seinem neuen Pseudonym „carolus“ unser 3. Flugblatt unter anderem so:

„Hier müssen die Leser der Flugblätter die Frage stellen: reichen denn diese Beschuldigungen und Diskriminierungen noch nicht, um durch einstweilige Verfügung weitere Aktionen Wüppesahls zumindest so lange zu stoppen, bis er vor einem ordentlichen Gericht auch den letzten seiner Vorwürfe gegen die Ärzte bewiesen hat?“

Korrekterweise müßte die Frage lauten: „Reichen denn die Beschuldigungen nicht? Warum tut keiner etwas? Wenn die Beschuldigungen

richtig sind, warum unternimmt die Stadt oder das Kuratorium nichts? Wenn sie falsch sind, warum legt keiner Gegenbeweise vor? Warum wird keine einstweilige Anordnung bei Gericht erwirkt, die klipp und klar eine Rücknahme der Vorwürfe verlangt?“ - Sie sehen also: wichtig sind die Fragen, die „carolus“ nicht stellt. Offenbar will er die Antworten auch gar nicht wissen oder zur Kenntnis nehmen. Nun wissen Sie, als Bürgerinnen und Bürger genauso wie wir, daß die Breite der von uns erhobenen Vorwürfe, von denen gut 30% jeder für sich genommen eine solche Qualität besitzen, daß jede/r normalerweise zum nächsten Gericht gelaufen wäre, um sich so eine einstweilige Anordnung zu besorgen. Diese Anordnung hätte dann bewirken müssen, daß wir die Vorwürfe zurücknehmen, unterlassen oder in einem unserer nächsten Flugblätter hätten richtigstellen müssen.

Wer ist noch verunsichert?

Ebenso verdreht und trickreich wirft sich „carolus“ für verunsicherte Bürger in die Bresche. Und dabei kann einem ganz übel werden. Natürlich ist es schlimm und verunsichernd zu entdecken, daß sich die von uns beschriebenen Dinge im Johanniter-Krankenhaus abgespielt haben. Es ist schlimm, wenn man plötzlich weiß: wenn ich krank bin, wenn es mir ganz persönlich schlecht geht, wenn ich hilflos bin, dann kann ich diesem Krankenhaus nicht mehr vertrauen. - Das macht Angst. Auch uns. Und wer ist Schuld daran? Wir, die das veröffentlichen? Die Menschen, die ihr persönlich erfahrenes Leid nicht für sich behalten wollen.

Oder andersherum gefragt: wer handelt unverantwortlich, menschenverachtend?

Diejenigen, die versuchen, in mühsamer Kleinarbeit die Nachweise zu erbringen, daß sich die Ziele der Tätigkeit der Institution Johanniter-Krankenhaus verschoben haben?

Diejenigen, die Stadt und Kuratorium in ihre Verantwortung nehmen wollen?

Diejenigen, die eine demokratische Kontrolle des Gesundheitswesens fordern?

Unterlassungen zu Büsscher?

Dr. Büsscher nutzt die Gunst der Stunde. - Die Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren über den Tod der Frau V. eingestellt. Jetzt erst, **nachdem acht (!) Wochen verstrichen sind**, verlangt er von Thomas Wüppesahl eine Unterlassungserklärung - Er schreibt: „Nach dem umfangreichen Gutachten des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Hamburg (Professor Dr. med. K. Püschel) vom 20. Januar 1986 steht zweifelsfrei fest, daß Frau V. an einem Herzinfarkt gestorben ist, daß es für die Verabreichung der Spritzen eine medizinische Veranlassung gab und daß kein Zusammenhang zwischen der Verabreichung dieser Spritzen und dem tödlichen Ausgang des Herzinfarktes bestand.“

Thomas Wüppesahl soll sich verpflichten, bei Vermeidung einer Vertragsstrafe in Höhe von DM 10.000,- es zu unterlassen, wörtlich oder sinngemäß zu behaupten und/oder zu verbreiten, Herr Dr. Büsscher sei für den Tod der Frau Irmgard V. verantwortlich.“

Thomas Wüppesahl hat Dr. Büsscher geantwortet:

„Der Inhalt des Gutachtens des Institutes für Rechtsmedizin der Universität Hamburg vom 20.01.1986 ist mir bisher leider **nicht bekannt, da es die Staatsanwaltschaft noch ablehnt**, mir bzw. meinem Rechtsanwalt die Einsichtnahme in das Gutachten zu gewähren. Ich kann mich daher aus eigenem Wissen weder zu dem Ergebnis, den Untersuchungen und Ausführungen des Gutachtens sowie zu den Schlußfolgerungen, die Ihr Mandant aus diesem Gutachten zieht, erklären.

Dies hat zu Folge, daß ich mich auch zu der Frage, ob die von Ihrem Mandanten verabreichte Spritze Ursache für den Tod von Frau V. gewesen ist, **abschließend nicht äußern kann**.

Fest steht allerdings, daß nach gesicherten medizinischen Erkenntnissen das Mittel 'alpha-Apoplectal' bei einem frischen Herzinfarkt

nicht gespritzt werden darf. Ob Herr Dr. Büsscher dies wissen mußte, ob also diese Kenntnis von ihm wie von jedem anderen durchschnittlich gebildeten Facharzt der Inneren Medizin verlangt werden konnte, ob er also fahrlässig gehandelt hat, vermag ich derzeit nicht zu beurteilen.

Möglich ist - nach den mir vorliegenden Informationen -, daß die 'alpha-Apoplectal'-Spritze das Leben von Frau V. verkürzt hat.

Dafür spricht,

daß der Tod der Patientin bereits eine kurze Zeit nach den Spritzen eingetreten ist. Ich weiß nicht, ob auch das gerichtsmedizinische Gutachten von diesem zeitlichen Ablauf ausgeht oder ob es die falsche Version des Herrn Dr. Büsscher zugrunde legt, Frau V. habe nach den Spritzen noch im Krankenhaus weitergelebt.

Ich werde bis zur abschließenden Klärung des Sachverhalts weder wörtlich noch sinngemäß behaupten und/oder verbreiten, Herr Dr. Büsscher habe den Tod von Frau V. zu verantworten. Falls meine weiteren Recherchen allerdings zu dem Ergebnis führen, daß Ihr Mandant für den Tod von Frau V. verantwortlich zu machen ist, so werde ich Ihrem Mandanten Gelegenheit zur Stellungnahme geben, bevor ich dieses der Öffentlichkeit mitteile.“

Wenn Dr. Büsscher den Mut dazu hat, soll er Thomas Wüppesahl das Gutachten zur Verfügung stellen. Wir vermuten, daß dabei einiges Interessantes, z.B. über den vom Gutachter angenommenen zeitlichen Ablauf herauskommt.

Was sagt Dr. Büsscher eigentlich dazu, daß er **Herzrhythmusstörungen bei der Frau V. festgestellt hat und es in der Gelben Liste heißt, daß das Medikament 'alpha-Apoplectal' bei Herzrhythmusstörungen nicht gespritzt werden darf?**

Mit der Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft ist die Sache für Herrn Dr. Büsscher noch nicht ausgestanden.

Unterlassungen zu Jagella?

Auch Dr. Jagella rührt sich jetzt, **gut vier Wochen**, nachdem Thomas Wüppesahl zum ersten Mal öffentlich gemacht hat, daß er im **angetrunkenen Zustand Dienst getan hat**.

Thomas Wüppesahl soll bei einer Konventionalstrafe in Höhe von DM 5.000,- unterlassen, wörtlich oder sinngemäß zu behaupten und/oder zu verbreiten, daß

„1. Herr Dr. Jagella in angetrunkenem Zustand seinen Dienst ausgeübt habe und nicht mehr in der Lage gewesen sei, medizinisch tätig zu werden;

2. Herr Dr. Jagella seine Rufbereitschaft von Hamburg aus wahrnehme.“

Herr Dr. Jagella muß selbst am besten wissen, daß diese Vorwürfe der Wahrheit entsprechen.

Vielleicht ist er von seinem Dienstherrn, den „Johannitern“, dazu getrieben worden. - Die schlagen gleich zwei Fliegen mit einer Klappe:

wenn die Vorwürfe gegen Dr. Jagella in dem zu erwartenden gerichtlichen Verfahren bewiesen werden, dann können sie damit Dr. Jagella loswerden und sie können hoffen, zumindest ein paar der Informanten namentlich zu erfassen. - Couragierte Mitbürgerinnen und Mitbürger die ihr feines Nest beschmutzt haben.

Dann werden sie auf ihre Art die Abrechnung präsentieren.

Thomas Wüppesahl wird daher keinen Informanten gegen seinen eigenen Willen preisgeben.

Die Unterlassungserklärung des Dr. Jagella hat er allerdings genauso wenig wie die des Dr. Büsscher unterschrieben.

Verantwortungslosigkeit!

Wir sind in der Tat der Meinung, daß es verantwortungslos ist, über all das den Mantel des Schweigens zu decken.

Es ist verantwortungslos, Gesundheitsvorsorge zu privatisieren und betriebswirtschaftlicher Kalkulation und möglicher Rationalisierung zu unterwerfen. Gesundheit ist keine Ware, die man produzieren kann, wie Bonbons oder Autos.

Die Logik von Produktion ist folgende: Als erstes Ziel ist die gute

Marktstellung, die Sicherung von Profiten und die Auslastung von Produktionskapazitäten, die nur Geld kosten, wenn sie still stehen. - Das ist in der gesamten Arzneimittelbranche so, mit den bekannten Folgen (Contergan-Skandal, Rheuma-Mittel, die tödlich waren, etc.).

Eine solche Praxis nennen wir menschenverachtend.

„Johanniter“ intern

Daß Streß und Arbeitshetze bestehen, daß Patienten mit ihren persönlichen Nöten und Besonderheiten untergehen, zeigen die von uns dokumentierten Fälle.

Dies läßt sich aber auch anders belegen. Es wird rationalisiert im Johanniter-Krankenhaus.

Die Mittel sind folgende:

1. Überstunden gibt es kaum in diesem im Zeichen der christlichen Nächstenliebe stehenden Krankenhaus - wenigstens auf dem Papier. Weil - so die Begründung - sie nicht angeordnet würden. Diese abenteuerliche Konstruktion hat folgende Wirkung: Wenn ein Patient Hilfe braucht, die eine Zeitspanne in Anspruch nimmt, die den Feierabendtermin des Arztes überschreitet, hat der Arzt die Wahl zwischen Behandlungsabbruch und Weiterbehandeln. Behandelt er weiter, so tut er es in seiner Freizeit, für sein Berufsethos und sein Verantwortungsbewußtsein. Weil es kaum angeordnete Überstunden gibt, geschieht dies für den Träger des Krankenhauses, die „Johanniter“, kostenlos.

Selbstverständlich rechnen die „Johanniter“ gegenüber den Krankenkassen die auch in dieser Zeit erbrachten Leistungen ab. Seit drei Jahren gibt es massiven Protest gegen diese Regelung. Bisher ohne Erfolg.

2. Es werden vermehrt Halbtagsstellen geschaffen. Den Bewerbern wird allerdings rechtzeitig nahegelegt, daß die Arbeitszeit auch mal länger sein könnte. Unbezahlt. **Denn bezahlte Überstunden gibt es ja kaum.** - Es ist leicht nachvollziehbar, welch wirksames Druckmittel

überlastete Ganztagskollegen und eine Bettenbelegquote über 100% sind.

3. Nun haben sich die „Johanniter“ einen besonderen Coup einfallen lassen. Um bei den Bereitschaftsdiensten zu sparen (Beginn 17.00 Uhr), sollte kurzerhand die Regelarbeitszeit auf 20.00 Uhr - die Kernzeit für Einlieferungen in Kliniken - ausgedehnt werden. Die Nachtschicht sollte dann von fremden Aushilfsärzten besetzt werden, die aufgrund des niedrigen Belastungsgrades kostengünstig eingestuft werden könnten, aber natürlich die ihnen anvertrauten Patientinnen und Patienten nicht kennen.

Seit Januar betreiben mehrere Assistenzärzte des Johanniter-Krankenhauses eine Feststellungsklage, die die Rechtswidrigkeit solcher Sparmaßnahmen feststellen soll.

Wir wünschen ihnen den nötigen Erfolg dabei.

Nun werden Sie sich als Bürger fragen, warum auch Ärzte sich so zaghaft und erst jetzt zur Wehr setzen. - Auch ausgebildete Mediziner sind von Arbeitslosigkeit bedroht.

Anzeichen dafür sind:

- Es werden längere Anfahrtswege in Kauf genommen.
- Es werden immer unzumutbarere Arbeitsbedingungen in Kauf genommen.

- Es sind dieselben Mechanismen, die heutzutage allgemein auf „dem Arbeitsmarkt“ herrschen. Nur eine Besonderheit: Diejenigen, die es geschafft haben, zählen zu den Spitzenverdienern und Nutznießern standesüblicher Privilegien.

Privatisierung - Warum? Für wen?

Die Landesregierung, genau wie CDU und FDP überall, will die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen; nicht nur im Gesundheitswesen, aber auch dort. Drei Krankenhäuser sind in Schleswig-Holstein bereits privatisiert. Das Johanniter-Krankenhaus ist eines davon. Die Folgen haben die Betroffenen zu tragen: Das sind hier die Patienten, die über ihre Krankenversicherungen das Geld hereinbringen und das sind die Beschäftigten, die immer kostengünstiger arbeiten sollen, also unter Streß und Arbeitshetze gesetzt werden.

Kompliziert wird die Lage durch die tatsächlich auch noch vorhan-

denen Standesprivilegien der Ärzteschaft, die ja im Johanniter-Krankenhaus auch von einzelnen weidlich in Anspruch genommen werden. Das sind für uns die entscheidenden Ursachen für die Mißstände, die vor allem ja zu Lasten derjenigen gehen, die sich am wenigsten wehren können: Die Kranken.

Deshalb bleiben unsere kurzfristigen Hauptforderungen:

- **Auflösung des Privatisierungsvertrages zwischen der Stadt Geesthacht und dem Johanniter-Orden.**

- **Untersuchung der bestehenden Mängel, um die Mißstände abzustellen (incl. personeller Konsequenzen!).**

Wie können Sie sich wehren? — „freie Arztwahl“

Wenn Sie nicht wissen, wie Sie verhindern können, daß ein Arzt Sie in das Johanniter-Krankenhaus einweist, folgender Hinweis:

- Sie haben die freie Arztwahl!

- Sie haben die freie Wahl der Behandlungsstätte, also auch des Krankenhauses!

Wenn Sie Ihrem Haus- und Facharzt sagen, daß Sie kein Vertrauen in das Johanniter-Krankenhaus haben, kann dieser sich auf den Kopf stellen. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, in eines der umliegenden Krankenhäuser Ihres Vertrauens (Winsen, Lauenburg, Reinbek, Bergedorf usw.) überwiesen zu werden.

Aber Sie können sicher gehen, daß unsere Beschuldigungen der Wahrheit entsprechen und sollten, wie die von uns zitierten betroffenen ehemaligen Patienten dieses Krankenhauses vielleicht zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommen. **Diese Patienten jedenfalls lassen sich nicht mehr in das Krankenhaus einweisen.**

Wir können deshalb so sicher zu unseren erhobenen Vorwürfen stehen, weil für jeden von ihnen Beweismittel in Form von Dokumenten oder Personen, die unter Eides Statt unsere Tatsachenbehauptungen bestätigen würden, vorliegen.

Die Fronten bröckeln

Wir GRÜNE wissen, daß wir einen so empfindlichen Punkt in Geesthacht angerührt haben, daß keiner sich nicht betroffen fühlen könnte. Bisher schienen wir offiziell nur Gegner zu haben. Und bisher schienen sich diese völlig sicher zu sein, daß alles gegen unsere Behauptungen spricht. Dieses Bild beginnt sich zu ändern. Am deutlichsten dokumentieren sich die Probleme mit uns in der Geesthachter Presse: Erinnern Sie sich - nach dem 2. Flugblatt prasselte ein Sturm, kaum mit Argumenten abgesicherter Entrüstung auf die GRÜNEN und Thomas Wüppesahl nieder. Und plötzlich stoppte diese Polemik! - Warum?

Die Geesthachter Ärzteschaft („Götter in Weiß“)

Der Schulterschuß der Geesthachter Ärzte mit ihrem angegriffenen Kollegen funktioniert auch nicht mehr. Sie mußten erkennen, daß ihr Kollege viel zu viele Widersprüche geliefert hat, als daß sie ihm auch jetzt noch beistehen könnten.

Aber auch hier - es dringen keine Stellungnahmen mehr nach außen: Man ist in die Defensive geraten, nachdem der erste Gegenangriff

(Ärzteerklärung) sich **nur** auf den moralischen Beistand mit Herrn Büsscher bezog und keine Gegenargumente zu den medizinischen Ungereimtheiten Büsschers zum Ausdruck brachten. Dies war auch Büsschers Wunsch, **der selbst seinen Kollegen empfahl**, sich lediglich auf die angebliche „Menschenverachtung“ des Vorgehens von Thomas Wüppesahl zu beschränken.

Zum Kuratorium

Dieses Gremium ist nicht einfach ein Club von neun finsternen Herren, die jetzt das Streiten gekriegt haben.

Es ist **das** entscheidende Organ der „Johanniter-Gesellschaft für den Betrieb des allgemeinen Krankenhauses in Geesthacht, gemeinnützige GmbH in Geesthacht“.

Hier werden die Geschicke des Unternehmens Krankenhaus gelenkt. Ein Blick in den Vertrag zwischen Stadt und „Johanniter“ zeigt, daß hier keine gleichberechtigten Partner zum öffentlichen Wohl zusammensitzen. Die „Johanniter“ können in **ihrem** Krankenhaus machen, was sie wollen.

Nicht nur, daß sie fünf von neun Kuratoriumsmitgliedern stellen - nein, sie dürfen sogar den Vorsitzenden aus ihren eigenen Reihen benennen. Sie sind ohne Stadtvertreter beschlußfähig. Die Grenze liegt bei fünf Anwesenden. Sollten allerdings die Stadtvertreter auf die Idee kommen, mit einem „Johanniter“ zusammen etwas entscheiden zu wollen (das wäre ja die Mehrheit), geht auch das nicht: Im Vertrag ist festgelegt, daß mindestens drei „Johanniter“ mit von der Partie sein müssen.

Die Stadt hat hier nichts zu sagen!

Inzwischen wissen die Stadtvertreter längst, daß sie von ihren Herren Kuratoriums-Kollegen höchst unzulänglich informiert und an der Nase herumgeführt wurden und werden.

So ein von allen unterschriebenes Pamphlet wie die Erklärung des Kuratoriums zu unserem 1. und 2. Flugblatt, wird es nicht noch einmal geben.

Die „Johanniter“

Sie geben keinen Mux mehr von sich, halten zwar Besprechungen - auch mit ihren Rechtsanwälten - ab, hoffen jedoch darauf, daß sich der Autoritätsbegriff eines Krankenhauses gegen diese von uns erhobenen Tatsachenbehauptungen durchsetzt und diese Aktion „ja wohl irgendwann aufhört“. - Darauf können Sie lange hoffen!

Bei alledem ist uns klar: Mißstände gibt es auch in den staatlichen Krankenhäusern! - Hier, bei den „Johannitern“, sind sie nur verstärkt vorhanden und besonders herausgearbeitet.

Die Parteien

Die Parteien können ja tatsächlich nicht mehr sagen, als was sie bisher von sich gaben. Und das war außer Stimmungsmache nicht viel.

Sie haben feststellen müssen, daß in der Sache kaum bis gar keine Argumente auf ihrer Seite stehen!

Auch dieses Mal - EIN DANKESCHÖN

Die Resonanz aus der Geesthachter Bevölkerung und nach dem letzten Flugblatt auch aus Lauenburg und Schwarzenbek ist weiterhin so kräftig, daß wir die Lust behalten. Sie auch künftig zu informieren.

Diese ganzen Anstrengungen können nur dann zum Erfolg führen, also einer Verbesserung der Situation im Krankenhaus, wenn unsere Kritik:

1. der Wahrheit entspricht und
2. in der Bevölkerung breit getragen wird.

Bei dem ersten Punkt sind wir uns sicher. Der zweite ist im Grunde auch gegeben - bloß haben sich noch zu viele durch das Geschrei der Etablierten im Chor mit den „Johannitern“ und der Presse verunsichern lassen. Auch Sie sollten sich getrost trauen, öffentlich im Gespräch am Arbeitsplatz, mit Nachbarn, im Verein oder in Kontakten, wie dem Schreiben und Führen von Telefongesprächen mit den Kuratoriumsmitgliedern oder den

Geesthachter Politikern zu ihren Erlebnissen, Erfahrungen und Meinungen mit und über dem Johanniter-Krankenhaus zu stehen.

Ein neues Haus mit alten Leuten ist noch keine Verbesserung!

Auch freuen wir uns über die vermehrten Informationen und Vertrauensbeweise aus dem Bereich des Krankenhaus-Personals. Diese Bürgerinnen und Bürger haben es besonders schwer, da bei ihnen immer gleich die berufliche Existenz gefährdet ist. Wenden Sie sich auch weiterhin vertrauensvoll an uns.

Ein besonderer Dank geht auch an die vielen Spender von Geld.

Bis heute sind insgesamt 11.220 Mark zusammengekommen.

Bemerkenswert fanden wir die Sammelspende aus der Geesthachter Dreistadt in Höhe von 3.855 Mark. - Mit diesem Geld sind die ersten drei Flugblätter knapp finanziert.

Bitte überweisen Sie zukünftige Zahlungen auf das Konto der GRÜNEN Schleswig-Holstein, Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Kto.Nr.: 13 811/201, Stichwort: „Johanniter“.